

# Die Puste geht aus: Gewaltige Herausforderungen für die Offshore-Windbranche\*

geschrieben von K.e.puls | 7. Juni 2026

=====

*Dagmar Jestrzanski (Red. PAZ)\**

**Zwei Branchenriesen wollen bereits aussteigen, weil immer deutlicher wird, dass auch Windenergie seine Grenzen hat – und diese bereits erreicht sind.**

=====

Ratlosigkeit und blankes Entsetzen dürfte bei der Bundesregierung die jüngst bekannt gewordene Nachricht ausgelöst haben, dass sowohl das französische Energieunternehmen TotalEnergies wie auch die britische BP mit ihrer Tochterfirma Jera Nex BP ihre erst kürzlich ersteigerten Offshore-Lizenzen für Windkraftprojekte in der Nordsee wieder loswerden wollen. Begründet wird dies mit drastisch veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dadurch entstandenen Renditerisiken. Gemeinsam hatten beide Energiekonzerne 2023 für insgesamt rund 12,6 Milliarden Euro Zuschläge zum Bau mehrerer Offshore-Windparks in der deutschen Nordsee ersteigert.

TotalEnergies bot bei der Auktion fast sechs Milliarden Euro und legte 2024 in einer weiteren Auktionsrunde nochmals mit fast zwei Milliarden nach. Vom deutschen Staat verlangt der Konzern nun die Rückerstattung der bereits gezahlten 800 Millionen Euro, was etwa zehn Prozent der zugesagten Gesamtgebotssumme entspricht. Zusätzlich wurden Sicherheitsleistungen in Höhe von 750 Millionen Euro hinterlegt, die Total ebenfalls vom deutschen Staat zurückfordert. Die unerwartete Kehrtwende steht in Zusammenhang mit einem Strategiewechsel beider Konzerne, die sich wieder auf ihr fossiles Kerngeschäft konzentrieren wollen. Der gleichzeitige überstürzte Ausstieg aus den sogenannten erneuerbaren Energien auf See gibt Anlass zu Spekulationen und wirft die Frage auf, welche Konsequenzen sich daraus für Deutschlands Energiewende langfristig ergeben könnten.

Den Ausstiegswunsch der Investoren rechtfertigt der Branchenverband Windenergie Offshore (BWO) mit einer Reihe von Faktoren, die sich seit der Flächenausschreibung vor drei Jahren zu Lasten der Projektentwickler verändert hätten. Von Verzögerungen beim Netzausbau, Schwierigkeiten bei den Lieferketten, Exportbeschränkungen Chinas, gestiegenen Baukosten,

US-Zöllen und den Folgen des Ukraine- und Irankrieges ist die Rede. Es sei nicht damit zu rechnen, dass die Erlöse für den Windstromverkauf künftige Verluste durch die Negativentwicklungen ausgleichen können. Laut einem Bericht des Deutschlandfunks hält die Bundesregierung an der Realisierung der Projekte fest. Eine Rückerstattung der bereits geleisteten Zahlungen wird mit Verweis auf das Windenergie-auf-See-Gesetz abgelehnt. Danach ist eine Rückgabe von Projekten ohne finanzielle Entschädigung rechtlich nicht vorgesehen. Andernfalls können Vertragsstrafen verhängt werden. Der BWO drängt dagegen auf eine Lösung für derartige Fälle, um Unternehmen vor hohen Verluste zu schützen.

Die bisher installierte Leistung von Offshore-Windparks in der Nordsee beträgt rund acht Gigawatt (GW). Über die Bundesnetzagentur wurden 2023 bis Frühjahr 2025 weitere Areale in der Nordsee mit einer Gesamtleistung von rund 10,8 Gigawatt versteigert. Davon entfielen auf Total und BP rund sieben GW, die nun nicht installiert werden. Bei einer zweiten Ausschreibung im August letzten Jahres gab es erstmals keine Gebote.

### **Ernüchternde Analyse**

Ein weiterer Anlass für den Rückzug der beiden großen Player dürfte das Ergebnis einer im Januar vom Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme IWES veröffentlichten Studie sein, die eine schlechte Prognose für die Rentabilität von neuen Offshore-Windkraftanlagen in der Deutschen Bucht beinhaltet. Das Ergebnis der Analyse dürfte auch den Betreibern der derzeit bestehenden Offshore-Windparks nicht gefallen. Wörtlich heißt es: „Gäbe es keine Abschattungseffekte, wäre die Stromproduktion höher. Der Plan (der Bundesregierung) sieht allerdings vor, dass wir sehr dicht beieinanderliegende Windparks haben werden – mit die dichtesten weltweit.“ Das beunruhigende Fazit lautet, dass die Entwicklung nicht vorhersehbar sei angesichts zu vieler variabler Faktoren. Das betrifft unter anderem die Kosten, „da die Windenergieanlagen immer größer werden, gleichzeitig die installierten Gigawatt pro Windpark ebenfalls steigen und Daten zu so großen Parks noch gar nicht vorliegen“.

Tatsächlich sind ähnlich drastische Warnhinweise aus der Wissenschaft sowohl der Bundesregierung als auch der EU-Kommission schon seit Jahren bekannt. So lautete die Überschrift eines im Juni 2021 veröffentlichten Artikels des Helmholtz-Instituts für Meeresforschung Geesthacht ursprünglich: „Auch Windenergie ist eine begrenzte Ressource.“ Diese allgemein bekannte Tatsache war offenbar allzu kühn, obwohl ehrlich formuliert, und wurde daher wenig später in die Frage umgeändert: „Bremsen sich Windparks gegenseitig aus?“ Der Warnung aus beruflichem Munde zum Trotz verpflichtete sich das Bundeswirtschaftsministerium unter Minister Robert Habeck per Gesetz im Sommer 2022 in totaler Realitätsverweigerung zu einem nochmals erhöhten Ausbauziel mit insgesamt 70 GW Offshore-Windstromleistung in Nord- und Ostsee bis 2045.

Kürzlich einigten sich alle Nordsee-Anrainerstaaten auf eine gemeinsame Offshore-Windstromerzeugung von 300 GW bis 2050. Allein für die deutsche

Nordsee ist dabei der Zubau von 70 GW Leistung vorgesehen.

Humanitäre Folgen des Irankriegs

### **Experten fürchten weltweite Hungersnot**

Hormus-Blockade bedroht die globale Versorgung mit Kunstdünger – Doch vielfältige Initiativen steuern bereits massiv gegen

Die wegen des Irankriegs weitgehend blockierte Straße von Hormus bildet die Lebensader der globalen Energiemärkte und internationalen Chemieindustrie. Gleichzeitig ging bis Februar 2026 aber auch ein Drittel der weltweit benötigten Düngemittelmenge durch die Meerenge. Saudi-Arabien ist der drittgrößte Exporteur von Phosphat, und die Golfmonarchien decken darüber hinaus 40 Prozent des Harnstoffbedarfs der Düngemittelhersteller rund um den Globus.

Daher führte die Hormus-Sperre schlagartig zu enormen Preissteigerungen: Im globalen Durchschnitt verteuerte sich industriell produzierter Dünger um rund 50 Prozent, was wiederum besonders jene Staaten in Afrika trifft, die ohnehin schon Schwierigkeiten bei der Düngemittelbeschaffung haben. Angesichts dessen werden nun Stimmen laut, die davor warnen, dass eine durch den Irankrieg ausgelöste Krise der Landwirtschaft mehr Menschenleben fordern könnte als die Kampfhandlungen selbst.

Manche Schätzungen halten den Tod von bis zu 45 Millionen Menschen durch Nahrungsmittelmangel und Hunger infolge der Blockade für möglich. Dabei wird vor allem auf die Sahel-Zone südlich der Sahara verwiesen, wo eine Reduzierung des Düngereinsatzes um nur zehn Prozent erfahrungsgemäß zu Ernteverlusten von 25 Prozent führt und ohnehin bereits sehr prekäre Verhältnisse herrschen. Diese resultieren aus der desolaten finanziellen Lage der Landwirte sowie aus lokalen Konflikten, welche die Bestellung der Äcker erschweren oder gar verhindern.

Allerdings gibt es Grund zur Hoffnung, dass sich die Horrorprognosen einiger Experten wie auch der UN weder 2026 noch 2027 bewahrheiten werden. Immerhin sind afrikanische Bauern ausgesprochen geübt darin, Kunstdünger durch natürliche Alternativen zu ersetzen. Hierzu zählen gezielt angebaute stickstoffhaltige Pflanzen, der Mist von Rindern, Ziegen und Hühnern sowie Holzkohleasche und Kompost aus Haushaltsabfällen. Darum wurden auf dem Schwarzen Kontinent schon vor der Düngemittelkrise von 2026 nur gut 20 Kilogramm Kunstdünger pro Hektar verstreut, während der weltweite Durchschnitt beim Siebenfachen liegt. Des Weiteren hat Saudi-Arabien in Windeseile ein logistisches Wunder vollbracht, indem es Düngemittelexporte in Häfen am Roten Meer umgeleitet hat. Inzwischen rollen täglich gut 3.500 Lkw durch die Wüste der Arabischen Halbinsel nach Westen. Allerdings sorgen solche Landtransporte für eine erhebliche Verteuerung des Angebots.

### **Preisanstieg bleibt Hauptproblem**

Auch erweisen sich die nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien und Ägypten nun quasi als Joker. Marokko sitzt immerhin auf 70 Prozent der globalen Phosphatreserven, und die anderen beiden Länder können parallel dazu erhebliche Mengen Stickstoffdünger liefern. Andererseits gibt es hier auch einige Probleme. So sind die Düngemittelexporteure in Nordafrika durch langfristige Verträge gebunden, weshalb eine plötzliche Umleitung der Lieferungen in die Sahelzone kompliziert ist. Daher braucht es nun internationale Abmachungen, um die Düngerströme dorthin zu lenken, wo am ehesten Hunger droht.

Darüber hinaus sind angesichts des kurz- und mittelfristig wohl kaum nennenswert sinkenden Preisniveaus auch finanzielle Hilfen für die Staaten südlich der Sahara nötig. Die Entwicklung der nächsten Monate wird zeigen, ob sich die angekündigte humanitäre Katastrophe so verhindern lässt.

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**, 29.05.2026, S.7 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin Dagmar Jestrzanski für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln: <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====